

Ein Tag, der möglichst nichts kostet

Freiburg wird in Zukunft jedes Jahr am **26. September** einen Tag der Zweisprachigkeit durchführen. Der Grosse Rat genehmigte eine Gesetzesvorlage, wollte aber bezüglich finanzieller Unterstützung keine Verpflichtungen eingehen.

URS HAENNI

Zuerst war es die Idee einiger Mitglieder des Jugendrats, dann wurde es zu einem Projekt des Jugendrats, schliesslich zu einer Volksmotion, und nun ist es Gesetz: Freiburg feiert ab sofort jedes Jahr am 26. September einen Tag der Zweisprachigkeit. Dieses Datum wurde bewusst gewählt: Am 26. September findet der Europäische Tag der Sprachen statt.

Der Grosse Rat hat gestern das Vorhaben genehmigt, und zwar ohne Wenn und Aber: mit 87 Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung. Gemäss dem Vorschlag des Staatsrats soll der Tag der Zweisprachigkeit im Wesentlichen bestehende Aktionen bekannt machen und neue Initiativen von Vereinen oder Privaten fördern. Dazu soll das Internetportal des Staates erweitert, ein Ideenwettbewerb lanciert und symbolische Aktionen organisiert werden.

«Zweisprachigkeit ist in Freiburg gelebter Alltag von Personen, Firmen und Behörden», sagte Staatsrätin Marie Garnier (Grüne). «Sie muss sichtbar sein, deshalb wählten wir die Form eines symbolischen Tages.»

«Chance verpasst»

Für viele Grossräte geht dies aber zu wenig weit. Simon Bischof (SP, Ursy) sagte: «Ich bedaure das fehlende Engagement des Staatsrats.» Für Laurent Thévoz (Grüne, Freiburg) drückt der staatsrätliche Vorschlag folgende Haltung aus: «Macht es, aber ohne mich.» Er monierte zudem, dass keine finanzielle Beteiligung des Kantons vorgesehen ist. In der Botschaft ist lediglich die Rede davon, dass das Bundesamt für Kultur einen Betrag von 15000 Franken für den Symboltag genehmigt hat.

Ursula Krattinger-Jutzet (SP, Dündingen) sagte, in der Botschaft werde bezüglich Zweisprachigkeit vieles schöngere-



Marie Garnier schaute, dass das staatsrätliche Portemonnaie für den Zweisprachigkeitstag nicht weiter geöffnet wird.

Bild Alain Wicht

det: «Das ist kein starkes Zeichen für gelebte Zweisprachigkeit. Es ist eine verpasste Chance.»

Schliesslich folgte der Rat mit 52 gegen 31 Stimmen einem Antrag von Sabrina Fellmann (SP, Cormérod), mit dem folgender Artikel aus dem Gesetz verschwand: «Für die am Tag der Zweisprachigkeit organisierten Aktivitäten gibt es grundsätzlich keine staatliche Hilfe.»

Das Gesetz sieht zwar vor, dass der Staatsrat ausnahmsweise Aktivitäten im Sinne dieses Zweisprachigkeitstages fördert. Eine Geldspritze ist aber nur vorgesehen, wenn die Kriterien für eine Finanzhilfe durch den Bund erfüllt sind. Grossrat Thévoz wollte noch

weiter gehen und forderte, dass der Staat Aktivitäten zur Zweisprachigkeit ausdrücklich «durch eine logistische und finanzielle Unterstützung» ermutigen soll. Die Förderung der Zweisprachigkeit sei in der Verfassung verankert, und es sei auch eine Sache der Glaubwürdigkeit. Dennoch verwarf der Rat diese gewünschte Ergänzung Thévoz'.

Der Staatsrat hatte weiter vorgeschlagen, dass der Tag der Zweisprachigkeit verschoben werden kann, wenn der 26. September auf ein Wochenende fällt. Das Parlament beharrte jedoch auf dem fixen Datum. Zudem heisst der Symboltag auf Wunsch des Grossen Rates nun «Freiburger» Tag der Zweisprachigkeit.

Reaktionen: «Begrüssen jegliche Form der Unterstützung»

Verschiedene Freiburger Vereine und Organisationen, die sich für die Zweisprachigkeit einsetzen, wurden bei der Ausarbeitung des Berichts zum Gesetz einbezogen. Erfreut über die Einführung des Zweisprachigkeitstages zeigt sich Pierrette Froidevaux, Präsidentin von Murten Morat Bilingue. «Dieser Tag, welcher symbolhaft bestehende Aktionen unterstützt, entspricht dem, was wir in den Diskussionen erarbeitet haben», sagt sie. «Wir begrüssen alles, was Deutsch, Französisch oder das Zusammenleben fördert.» Froide-

vaux kann sich vorstellen, dass ihr Verein am 26. September aktiv mitmacht.

Martin Tschopp, Präsident der Deutschfreiburger Arbeitsgemeinschaft, ist froh, dass ein fixes Datum für den Tag der Zweisprachigkeit steht. Seiner Meinung nach delegiert der Staatsrat aber zu viel. «Der Staatsrat hat es verpasst, bei der Sprachenpolitik Nägel einzuschlagen», so Tschopp. «Mir fehlt am Projekt der Wille, wo doch Freiburg nicht einmal ein Sprachengesetz hat.» Eine Finanzhilfe des Kantons hätte laut Tschopp Symbolkraft. *uh*

KOMMENTAR



Christoph Nussbaumer

Raus aus der Komfortzone

Nun hat der Kanton Freiburg also seinen Tag der Zweisprachigkeit. Gesetzlich verordnet und demokratisch absegnend durch den Grossen Rat. Die Initiative ist löblich, und das Engagement des Jugendrates kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Trotzdem wird dieser Tag der Zweisprachigkeit im Kanton nichts bewegen. Begrüssenswerte Sensibilisierungsaktionen gibt es bereits genug. Wenn Freiburg seine Zweisprachigkeit wirklich fördern will, dann gibt es nur eines: Raus aus der Komfortzone. Nur expliziter politischer Wille führt langfristig zu zählbarem Erfolg: Sprachliche Immersion im Grundschulunterricht zum Beispiel oder Anerkennung von zweisprachigen Gemeinden. Die tatsächliche Förderung der Zweisprachigkeit liegt jenseits von symbolträchtigen Anlässen. Dort, wo es kostet und wo es auch die Politik schmerzt.

Express

Abstimmung über Gentech verschoben

FREIBURG Die landwirtschaftliche Produktion soll im Kanton Freiburg ohne gentechnisch veränderte Organismen erfolgen. Der Grosse Rat hat den Staatsrat mehrmals aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Dieses stand nun gestern zur Debatte. Streitpunkt bildete dabei die Frage, ob das Verbot auch für die landwirtschaftliche Forschung gelten solle. Die zweite Lesung des Gesetzes wurde verschoben; der Grosse Rat stimmt am Donnerstag oder Freitag darüber ab. *mir*

Vier neue Grossräte vereidigt

Drei neue Grossräte und eine neue Grossrätin haben gestern Dienstag ihren Platz im Freiburger Kantonsparlament eingenommen. Doch nicht nur wegen ihnen hat im Rathaus ein Sesselrücken stattgefunden.

MIREILLE ROTZETTER

FREIBURG Die Sitzordnung im Kantonsparlament wurde über die Weihnachtspause durcheinandergewirbelt: Neu im Grossen Rat sitzen seit gestern Isabelle Portmann (FDP, Tentlingen), Silvio Serena (Mitte links-CSP, Alterswil), Daniel Bürdel (CVP, Plaffeien) und Hubert Dafflon (CVP, Grolley). Da nun David Bonny (SP, Prez-vers-Noréaz) das Kantonsparlament präsidiert, sitzt auch die letztjährige Präsidentin Katharina Thalmann-Bolz (SVP, Murten) wieder in den Reihen ihrer Amtskollegen. Einen neuen Platz hat zudem Michel Losey aus Sévaz: Er hat von der SVP zur FDP gewechselt. Deshalb musste er auch das Präsidium der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission abgeben. Der Grosse Rat hat gestern Gabriel Kolly (SVP, Corbières) zum neuen Mitglied dieser Kommission bestimmt.



Vier neue Kantonsparlamentarier wurden gestern vereidigt: Daniel Bürdel (Zweiter von links auf dem Bildschirm), Silvio Serena, Isabelle Portmann und Hubert Dafflon.

Bild Alain Wicht

Grossräte kritisieren Biberkonzept als zu vage

Seit wenigen Wochen hat der Kanton Freiburg ein Biberkonzept. Dieses zeigt auf, wie durch den Nager verursachte Schäden verhindert werden können. Etlichen Grossräten geht das Konzept zu wenig weit.

FREIBURG «Bei mir ist das Konzept im Abfall gelandet», sagte Grossrat Gilles Schorderet (SVP, Zénauva) an der gestrigen Grossratsdebatte zum Biberkonzept (FN vom 12. Januar). Das Konzept gehe viel zu wenig weit, kritisierte er und fragte: «Wurden die Bemerkungen, die während der Konsultation eingingen, ins Konzept aufgenommen?»

Das Biberkonzept und den dazugehörigen Bericht publizierte der Staatsrat Mitte Januar. Es geht zurück auf ein Postulat der Grossräte Michel Losey (FDP - damals SVP -, Sévaz) und Fritz Glauser (FDP,

Châtonnaye). Staatsrätin Marie Garnier betonte gestern, dass die Bemerkungen im Konzept berücksichtigt wurden.

Auch andere Grossräte kritisierten das Konzept. Ruedi Schläfli (SVP, Posieux) etwa bemängelte, dass für Schäden an der Infrastruktur die Gemeinden aufkommen müssen und das Konzept dafür keine Alternativen vorsehe. Ueli Johner (SVP, Kerzers) hielt fest, dass der Biber im Seebezirk ein echtes Problem darstelle und der Bericht nicht aufzeige, wie dessen Ausbreitung eingedämmt werden könne.

Das Biberkonzept erntete auch Lob: «Es ist kurz und pragmatisch», sagte Christa Mutter (Grüne, Freiburg). Dass der Biber zurückkehre, sei ein gutes Zeichen für die Biodiversität im Kanton. Die Schäden seien beträchtlich, doch zeige der Bericht gut auf, welche Massnahmen die betroffenen Landbesitzer ergreifen können. *mir*